

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

80. Sitzung
20. Juni 2016

Beginn: 10.09 Uhr
Schluss: 14.26 Uhr
Anwesenheit: siehe Anlage 1
Vorsitz: Herr Abg. Peter Trapp (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Der Senat wird durch Herrn Senator Henkel (SenInnSport) und Herrn Staatssekretär Krömer (SenInnSport) repräsentiert. Ferner ist Herr Polizeipräsident Kandt anwesend.
- Im Ausschuss besteht Einvernehmen darüber, dass die Tagesordnung vom 10. Juni 2016 entsprechend der 1. Mitteilung zur Einladung vom 13. Juni 2016 und entsprechend der 2. Mitteilung zur Einladung vom 15. Juni 2016 um folgende Punkte ergänzt wird:

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0290](#)
Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den BVVen InnSichO
in Gefahr – was tut der Innensenator?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der
Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion)

Vorlage – zur Beschlussfassung – [0291](#)
Drucksache 17/3022 InnSichO
Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Haupt
Sicherheits- und Ordnungsgesetzes

– Vorabüberweisung –

Gemäß der 3. Mitteilung zur Einladung vom 16. Juni 2016 wurde zu der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/3022 – um Anwesenheit der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (BlnBDI), Frau Smoltczyk, gebeten. Frau Smoltczyk (BlnBDI) ist es aus terminlichen Gründen jedoch nicht möglich, an der Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt teilzunehmen.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen darüber, dass gemäß der 4. Mitteilung zur Einladung vom 17. Juni 2016 zu der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/3022 – eine Anhörung gemäß § 28 Absatz 1 Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin durchgeführt wird.

– Der Ausschuss vereinbart einvernehmlich, die Tagesordnungspunkte in folgender Reihenfolge aufzurufen:

1. Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/2963
**Zweites Gesetz zur Änderung des
Rettungsdienstgesetzes** [0286](#)
InnSichO
Haupt

2. Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/2895
**Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes
und zur Änderung weiterer Vorschriften** [0284](#)
InnSichO(f)
Haupt
ITDat*

3. Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/2964
**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine
Versorgungsrücklage des Landes Berlin
(VersRücklÄndG)** [0288](#)
InnSichO
Haupt

4. Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/3022
**Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen
Sicherheits- und Ordnungsgesetzes** [0291](#)
InnSichO
Haupt

– Vorabüberweisung –

Hierzu: Anhörung

5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der
Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion
Drucksache 17/2552
**Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen
Sicherheits- und Ordnungsgesetzes: Obdachlose und
Geflüchtete schützen: Beschlagnahme von
leerstehenden Immobilien erleichtern** [0254](#)
InnSichO
Haupt

6. Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0290](#)
**Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den BVVen
in Gefahr – was tut der Innensenator?**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der
Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion) InnSichO
 7. Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0287](#)
**Statische Erfassung von „Stillen SMS“ im Land
Berlin – Wurde das Parlament belogen?**
(auf Antrag der Piratenfraktion) InnSichO
 8. **Besondere Vorkommnisse**
 9. **Verschiedenes**
- Der Ausschuss vereinbart auf Vorschlag des Vorsitzenden einvernehmlich, Punkt 1 der Tagesordnung zu vertagen.
 - Herr Abg. Wolf (LINKE) beantragt für die Fraktion Die Linke, Punkt 4 der Tagesordnung zu vertagen. Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion abgelehnt.
 - Herr Abg. Zimmermann (SPD) beantragt für die Fraktion der SPD, dass der Ausschuss vor Beginn der Parlamentsferien 2016 eine zusätzliche Sitzung durchführt. Der Vorsitzende schlägt als Termin den 29. Juni 2016, 10.00 Uhr, vor. Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion, am 29. Juni 2016, 10.00 Uhr, eine zusätzliche Ausschusssitzung durchzuführen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/2963
**Zweites Gesetz zur Änderung des
Rettungsdienstgesetzes**

[0286](#)
InnSichO
Haupt

Vertagt (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/2895
**Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes
und zur Änderung weiterer Vorschriften**

[0284](#)
InnSichO(f)
Haupt
ITDat*

Zu der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/2895 – liegen dem Ausschuss folgende Änderungsanträge vor:

- Änderungsantrag I der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Juni 2016 (Anlage 2),
- Änderungsantrag II der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Juni 2016 (Anlage 3).

Dem Ausschuss liegt die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit vom 23. Mai 2016 vor. Der Ausschuss empfiehlt, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/2895 – anzunehmen (einstimmig mit SPD, CDU und PIRATEN bei Enthaltung GRÜNE und LINKE).

Herr Senator Henkel (SenInnSport) erläutert die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/2895.

Herr Abg. Lux (GRÜNE) begründet den Änderungsantrag I (Anlage 2) und den Änderungsantrag II (Anlage 3) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Frau Smoltczyk (BlnBDI) nimmt Stellung.

Im Rahmen der Beratung beantworten Herr Senator Henkel (SenInnSport) und Frau Smoltczyk (BlnBDI) die Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu dem Änderungsantrag I der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Juni 2016 (Anlage 2):

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und

der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Piratenfraktion, den Änderungsantrag I der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 2) abzulehnen.

Zu dem Änderungsantrag II der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Juni 2016 (Anlage 3):

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Piratenfraktion bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke, den Änderungsantrag II der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 3) abzulehnen.

In der Schlussabstimmung wird beschlossen:

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/2895 – anzunehmen. Dringlichkeit wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion beschlossen.

Es ergeht eine entsprechende dringliche Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/2964

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine
Versorgungsrücklage des Landes Berlin
(VersRücklÄndG)**

[0288](#)

InnSichO

Haupt

Herr Staatssekretär Krömer (SenInnSport) erläutert die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/2964.

Herr Staatssekretär Krömer (SenInnSport) beantwortet im Rahmen der Beratung die Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/2964 – anzunehmen. Dringlichkeit wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion beschlossen.

Es ergeht eine entsprechende dringliche Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/3022

**Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen
Sicherheits- und Ordnungsgesetzes**

[0291](#)
InnSichO
Haupt

– Vorabüberweisung –

Hierzu: Anhörung

Im Ausschuss besteht Einvernehmen über die Anfertigung eines Wortprotokolls zu diesem Tagesordnungspunkt. Ferner vereinbart der Ausschuss, die vorrangige Erstellung dieses Wortprotokolls (möglichst bis zum 27. Juni 2016) beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu beantragen.

Herr Senator Henkel (SenInnSport) erläutert die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/3022.

Es werden angehört und beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Prof. Dr. Clemens Arzt, Direktor des Forschungsinstituts für Öffentliche und Private Sicherheit der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und
- Herr Carsten Milius, Stellvertretender Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter – Landesverband Berlin.

Herr Polizeipräsident Kandt und Herr Tölle (Justiziar der Polizei Berlin) beantworten im Rahmen der Beratung die Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss kommt der Ausschuss einvernehmlich darin überein, Punkt 4 der Tagesordnung zur Auswertung der Anhörung nach Vorlage des Wortprotokolls zu vertagen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der
Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion
Drucksache 17/2552
**Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen
Sicherheits- und Ordnungsgesetzes: Obdachlose und
Geflüchtete schützen: Beschlagnahme von
leerstehenden Immobilien erleichtern**

[0254](#)
InnSichO
Haupt

Punkt 5 der Tagesordnung wird aus zeitlichen Gründen vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den BVVen
in Gefahr – was tut der Innensenator?**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der
Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion)

[0290](#)
InnSichO

Punkt 6 der Tagesordnung wird aus zeitlichen Gründen vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Statische Erfassung von „Stillen SMS“ im Land
Berlin – Wurde das Parlament belogen?**
(auf Antrag der Piratenfraktion)

[0287](#)
InnSichO

Punkt 7 der Tagesordnung wird aus zeitlichen Gründen vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Es liegen keine schriftlichen oder mündlichen Fragen der Fraktionen vor. Punkt 8 der Tagesordnung wird für abgeschlossen erklärt.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (81.) Sitzung findet am 29. Juni 2016, 10.00 Uhr, statt.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Peter Trapp

Dirk Behrendt